



N i e d e r s c h r i f t

über die **öffentliche** Sitzung des Kreistages des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 23. Oktober 2023**, im Großen Sitzungssaal des Landratsamts in Konstanz, Benediktinerplatz 1, 78467 Konstanz.

Beginn: 15:30 Uhr

Ende: 17:35 Uhr

TAGESORDNUNG

TOP	Bezeichnung	Drucksache-Nr.
1.	Bekanntgabe von in nicht öffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen	
2.	Genehmigung der Niederschrift über die letzten öffentlichen Sitzungen des Kreistags am 22. Mai und am 17. Juli 2023	
3.	Haushalt des Landkreises Konstanz; Einbringung des Entwurfs 2024	2023/269
4.	Kreishaushalt - Jahresabschluss 2022; a) Vorlage des Jahresabschlusses b) Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses c) Feststellung des Jahresabschlusses	2023/245
5.	Kreishaushalt 2023; Budgetbericht zum 30. September 2023	2023/257
6.	Zeppelin-Gewerbeschule Konstanz; Antrag auf Sondermittel für Investitionen in den Jahren 2024 - 2026	2023/224
7.	Einführung eines Sozialtickets für den Landkreis Konstanz; Antrag der Fraktion DIE LINKE	2023/198
8.	Jugendbeteiligung auf Kreisebene; Antrag der CDU-Fraktion	2023/226
9.	Änderung der Richtlinien zur Förderung von Jugendsozialarbeit an Schulen im Zuständigkeitsbereich des Landratsamtes Konstanz; Antrag der FW-Fraktion	2023/276
10.	Bürgerfragestunde (ca. 17 Uhr)	
11.	<u>Neubau Berufsschulzentrum Konstanz</u>	
11.1.	Neubau Berufsschulzentrum Konstanz; Aktueller Sachstand	2023/254
11.2.	Neubau Berufsschulzentrum Konstanz;	2023/255/1

- Vergabe von Bauleistungen
- 12. Atemschutzübungsanlage in Rielasingen-Worblingen**
 - 12.1. Atemschutzübungsanlage in Rielasingen-Worblingen; Sachstandsbericht aktueller Projektstatus** 2023/261
 - 12.2. Atemschutzübungsanlage in Rielasingen-Worblingen; Freigabe Versand Ausschreibungspaket 1** 2023/260
 - 13. Migration und Integration im Landkreis Konstanz**
 - 13.1. Sachstand Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten** 2023/258
 - 13.2. Unterbringung von Geflüchteten und Asylsuchenden; Verlängerung der Mietverhältnisse der Leichtbauhallen** 2023/251/1
 - 14. Klimaschutz im Landkreis Konstanz**
 - 14.1. Wasserstoffinfrastruktur; Unterstützung der trinationalen Initiative 3H2** 2023/252
 - 14.2. Energieagentur Kreis Konstanz gGmbH; Änderung des Gesellschaftsvertrages** 2023/239
 - 14.3. Biodiversitätsstrategie für den Landkreis Konstanz** 2023/219/1
 - 15. Neubau Stellwerk seehäsele in Stockach** 2023/202/1
 - 16. Änderung der Abfallwirtschaftssatzung Landkreis Konstanz** 2023/189
 - 17. Ambulante Hilfen im Landkreis Konstanz gGmbH; Neuausrichtung der Ambulanten Hilfen im Landkreis Konstanz gGmbH** 2023/235
 - 18. Fortführung der Grundförderung der Cluster durch die Clusterinitiative Bodensee (CLIB)** 2023/242
 - 19. Mitgliedsbeitrag REGIO Konstanz-Bodensee-Hegau e.V.; Zuschuss Inflationsausgleich** 2023/244
 - 20. Vierländerregion Bodensee GmbH; Aktueller Sachstand** 2023/248
 - 21. Volkshochschule Landkreis Konstanz e.V.; Jahresabschluss 2022 und aktueller Sachstandsbericht** 2023/143
 - 22. Wahl der Vertrauensleute für die Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter; Anfrage des Regierungspräsidiums Freiburg/Benennung geeigneter Personen** 2023/289
 - 23. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche**
 - 23.1 Verlängerung der Bio-Musterregion Bodensee; Zusage des Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz**
 - 23.2 Informationsveranstaltung Kreishaushalt 2024; Nachfrage Kreisrat Enderlin**
 - 23.3 Bericht über die Sicherheitslage im Landkreis Konstanz; Anregung Kreisrat Hirt**
 - 23.4 Umbau des Bahnhofsvorplatzes Reichenau; Nachfrage Kreisrat Dr. Geiger**

Anwesend

Danner, Zeno, Landrat und Vorsitzender

Stimmberechtigte Mitglieder

61 Kreisrätinnen und Kreisräte

Entschuldigte

Brößke, Kirsten

Fritschi, Alois

Fuchs, Soteria

Graf, Boris

Hoffmann, Andreas

Jüppner, Manfred

Klinger, Michael, Dr.

Özdemir, Zekine

Mutter, Alfred

Röwer, Marcus

Schäuble, Martin

Volz, Tobias

Teilnahme an der Sitzung ab einem späteren Zeitpunkt/ vorzeitiges Verlassen der Sitzung

Baumgartner, Dietmar bis 16:30 Uhr

Eisenhut, Bernhard, MdL bis 16:00 Uhr

Keck, Jürgen bis 17:10 Uhr

Lehmann, Siegfried bis 17:25 Uhr

Seitzl, Dr. Lina, MdB bis 17:25 Uhr

Strobel, Tim bis 17:25 Uhr

Von der Verwaltung nimmt teil

Gärtner, Philipp, ELB

Basel, Stefan

Neugebauer, Boris

Nops, Harald

Bittermann, Jens

Brumm, Monika (TOP 13)

Frick, Sebastian

Jetter, Ann-Kathrin (TOP 16)

Kaufhold, Maria (TOP 7, 15)

Krimmel, Ariane (TOP 8, 9)

Kruthoff, Simone

Reppel, Kai

Roth, Katrin (TOP 14, 18, 19)

Seidl, Karin (TOP 11 - 13)

Protokoll

Schmidt, Steffen

Der **Vorsitzende** eröffnet die **öffentliche** Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreistags und die anwesenden Gäste.

Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; anschließend verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

Weitere Ausführungen des **Vorsitzenden**:

Am 7. Oktober hat die Hamas einen Terroranschlag auf Israel verübt, der uns angesichts seiner Grausamkeit und seiner Entwürdigung gegenüber Familien, Männern, Frauen, kleinsten Kindern die Worte im Hals stecken lässt.

Es gibt keinen Argumentationsweg, keine Logik, sich mit den Terroristen der Hamas oder ihren Zielen zu solidarisieren oder sie zu rechtfertigen. Das sind keine ehrbaren Freiheitskämpfer, die für eine gerechte Sache kämpfen – es sind blutrünstige Terroristen.

Ich möchte daher, dass wir heute ein Zeichen setzen, das in drei Richtungen zeigt:

Ein Zeichen, dass wir für die bei diesem Angriff Ermordeten, Geschändeten und Entwürdigten aufstehen, um Ihnen ein bisschen Würde zurückzugeben und unsere Ehre zu erweisen.

Ein Zeichen, dass wir auch die Zivilbevölkerung im Gazastreifen, ebenfalls Familien, Männer, Frauen, Kinder nicht vergessen, die infolge des Krieges, den die Hamas über sie gebracht hat, zerstört und traumatisiert werden.

Und ein Zeichen für alle unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger jüdischen Glaubens, dass wir Anfeindungen gegen sie aufgrund ihrer Religion nicht hinnehmen, dass wir für sie aufstehen und ihnen zur Seite stehen.

Ich bitte Sie alle hier im Saal sich für einen Moment zu erheben. *Die Anwesenden erheben sich.*

1. Bekanntgabe von in nicht öffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen

Entfällt.

2. Genehmigung der Niederschrift über die letzten öffentlichen Sitzungen des Kreistags am 22. Mai und am 17. Juli 2023

Der **Vorsitzende** verweist auf die Niederschriften.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Die Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des Kreistags am 22. Mai und 17. Juli 2023 werden genehmigt.

**3. Haushalt des Landkreises Konstanz;
Einbringung des Entwurfs 2024**

Der **Vorsitzende** nimmt Bezug auf den ausliegenden Entwurf des Haushalts 2024 und den dazu gehörenden Vorbericht sowie weitere Anlagen. Anschließend stellt er die Eckpunkte des Haushaltsentwurfs vor. Seine Ausführungen sind der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Wortmeldungen erfolgen nicht.

Beschluss:

Entfällt.

4. Kreishaushalt - Jahresabschluss 2022;

a) Vorlage des Jahresabschlusses

b) Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses

c) Feststellung des Jahresabschlusses

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Frau **Kruthoff** stellt den Sachverhalt dar.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Zu a)

Der Jahresabschluss inklusive aller Erläuterungen und Anlagen wird zur Kenntnis genommen.

Zu b)

Der Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses wird zur Kenntnis genommen.

Zu c)

Der vorliegende Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2022 wird festgestellt.

5. Kreishaushalt 2023;

Budgetbericht zum 30. September 2023

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Frau **Kruthoff** stellt den Sachverhalt dar.

Wortmeldungen erfolgen nicht.

Beschluss:

Entfällt.

6. Zeppelin-Gewerbeschule Konstanz;

Antrag auf Sondermittel für Investitionen in den Jahren 2024 - 2026

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

- 1. Der Zeppelin-Gewerbeschule Konstanz werden für die Jahre 2024 – 2026 Sondermittel in Höhe von 812.000 EUR für Investitionen (Finanzhaushalt) gewährt, die sich wie folgt aufteilen: 2024 – 61.000 EUR, 2025 – 173.000 EUR, 2026 – 578.000 EUR.**

2. Der Zeppelin-Gewerbeschule Konstanz werden in den Jahren 2027 – 2032 jeweils 50.000 EUR vom Schulbudget (Finanzhaushalt) einbehalten, sodass sich die erhaltenen Sondermittel bis 2032 um 300.000 EUR auf 512.000 EUR reduzieren werden.
3. Die Zeppelin-Gewerbeschule Konstanz erstellt bis 2026 jeweils zum Jahresende, erstmals zum 31. Dezember 2023, eine Liste mit den angeschafften Vermögensgegenständen und den tatsächlich entstandenen Kosten. Sollten die Kosten geringer ausfallen, werden die Sondermittel entsprechend gekürzt. Ebenso werden entsprechende Zuschussmittel, wie zum Beispiel aus dem Digitalpakt Bund, angerechnet.

7. Einführung eines Sozialtickets für den Landkreis Konstanz;
Antrag der Fraktion DIE LINKE

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein.

Kreisrat **Pschorr**

Es wird beantragt, ein Sozialticket auf Grundlage der Variante 2 einzuführen.

Es wird damit argumentiert, dass ein Sozialticket 564.000 EUR kosten wird, was ungefähr 0,1 Prozentpunkte Kreisumlage entspricht. Dafür würde man jedoch für Menschen, die sozial abgehängt sind, die Möglichkeit schaffen, am Sozialleben teilzunehmen. Außerhalb der Stadt Konstanz ist die Fortbewegung problematisch; diese Personen sind physisch und transportabel abgehängt.

Das weitere Argument, dass in Sozialleistungen auch ein Anteil für Fortbewegung enthalten ist, reicht nicht, da damit die Kosten für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nicht gedeckt werden. Deshalb macht sich die Fraktion DIE LINKE für ein Sozialticket stark, was nicht bedeutet, dass damit die vollständigen Kosten getragen werden müssen.

Der Träger des ÖPNV ist der Landkreis, daher kann man nicht die Gemeinden vorschieben. Die einzig logische und richtige Konsequenz ist, dass der Kreis die Verantwortung für die Personen übernimmt, die sich dies nicht leisten können.

Kreisrätin **Röckelein**

Die Fraktion der GRÜNEN spricht sich ebenfalls für ein Sozialticket aus, auch wenn das Verfahren nicht einfach ist. Die Lücken wurden durch einige Kommunen mit eigenen Sozialtickets gefüllt. Durch die Einführung des 49 EUR-Tickets wurde der Verwaltungsaufwand jedoch enorm erhöht.

Der Landkreis wäre die bessere Ebene als die Kommunen, da man in der Zusammenarbeit mit dem Verkehrsverbund Hegau-Bodensee (VHB) ein beschränkt reduziertes Ticket anbieten könnte. Dies könnte über einen Berechtigungsschein oder einen Code abgewickelt werden. Der Landkreis müsste dann beispielsweise nur quartalsweise Kosten erstatten.

Es wird folgender Antrag gestellt:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Berechtigungsschein zu entwickeln, der die Antragsberechtigten aus Variante 2 zum Kauf eines reduzierten Tickets beim VHB berechtigt.

Vorsitzender

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE lautet anders, oder?

Kreisrat **Pschorr**

Der Antrag der GRÜNEN ist ähnlich, dort ist jedoch noch ein Zwischenschritt eingebaut.

Kreisrat **Häusler**

Wäre eine Rückverweisung an den Technischen und Umweltausschuss sinnvoll, bis sich die Antragsteller über einen Beschlussantrag einig sind?

Kreisrat **Staab**

Der Anregung von Kreisrat **Häusler** wird sich angeschlossen. Die Detailfragen müssen gut durchdacht sein.

Vorsitzender

Es wird darum gebeten, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Das Thema wurde mehrfach vorberaten. Beide Fachausschüsse haben die Anträge abgelehnt. Sollte der Antrag nochmal im Fachausschuss beraten und untersucht werden, wird am Ende voraussichtlich das gleiche Ergebnis herauskommen.

Kreisrätin **Dr. Kreitmeier**

Ein wesentlicher Grund für die Ablehnung im Fachausschuss war unter anderen der hohe Personalaufwand. Daher regt die Fraktion der GRÜNEN einen Vereinfachungsvorschlag für das Verfahren an und beantragt die Einführung eines Berechtigungsscheins.

Kreisrätin **Dr. Röth**

Es wird ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen DIE LINKE und Bündnis 90/DIE GRÜNEN gestellt:

Ein Sozialticket nach Variante 2 – mittlere Variante – wird eingeführt und die Verwaltung wird beauftragt, einen Berechtigungsschein zu entwickeln, der die Antragsberechtigten aus Variante 2 zum Kauf eines reduzierten Tickets beim VHB berechtigt.

Kreisrat **Siegfried Lehmann**

Es fehlt eine Privilegierung der Menschen, die sozial bedürftig sind. Diese Lücke sollte geschlossen werden. Deswegen sollte es ein simples Verfahren sein, um dies zu erledigen und gleichzeitig den Verwaltungsaufwand schmal zu halten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Kreistag folgenden

Beschluss 1 – Gemeinsamer Antrag der Fraktionen DIE LINKE und Bündnis 90/DIE GRÜNEN (21 Ja-Stimmen, 32 Gegenstimmen; folglich abgelehnt):

Ein Sozialticket nach Variante 2 – mittlere Variante – wird eingeführt und die Verwaltung wird beauftragt, einen Berechtigungsschein zu entwickeln, der die Antragsberechtigten aus Variante 2 zum Kauf eines reduzierten Tickets beim VHB berechtigt.

Beschluss 2 (30 Ja-Stimmen, 26 Gegenstimmen):

Ein Sozialticket für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wird im Landkreis Konstanz nicht eingeführt.

**8. Jugendbeteiligung auf Kreisebene;
Antrag der CDU-Fraktion**

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein.

Kreisrat **Häusler**

Die Jugendbeteiligung im Kreis spielt eine wichtige Rolle. Es wäre wünschenswert gewesen, dass das Kreisjugendreferat die Personalressourcen so gesteuert hätte, dass es ohne Perso-

nalmehrung funktioniert hätte. Mit den Ressourcen sollte man sparsam umgehen.

Die Verwaltung wird gebeten, die Personalmehrung nochmals kritisch zu überprüfen.

Kreisrat Dr. Zoll

Dem Antrag und auch der Bitte, die Personalmehrung kritisch zu prüfen, schließt sich die Fraktion der Freien Wähler an. Das Konzept ist noch im Entstehen, daher zeichnet sich auch erst noch ab, in welche Richtung es gehen wird.

Eine Befristung auf drei Jahre wäre notwendig, da es unterschiedliche Ansätze zur Herangehensweise gibt.

Kreisrat Siegfried Lehmann

Die Jugendlichen sollten stärker in die Beratungen und Entscheidungen einbezogen werden. Die Kreisebene ist jedoch anders, als die städtische Ebene. In den Städten werden sie zum Teil mit zusätzlichem Personal stark an die Hand genommen.

Es ist schwierig, ausreichend Jugendliche dafür zu gewinnen, dieses Amt ernsthaft wahrzunehmen. Die Skepsis gegenüber weiterer personeller Aufstockungen ist nachvollziehbar.

Für die Jugendlichen wird eine städtische Ansprechperson weniger wichtig zu sein, als Mitsprache- und Antragsrecht.

Außerdem sollten auch die ländlicheren Gemeinden in solch einem Gremium vertreten sein. Zusätzlich zur verbandlichen Jugendarbeit sollte dieses Angebot für die Jugendlichen gemacht werden, die sich in der verbandlichen Jugendarbeit nicht wiederfinden.

Dafür braucht es keine Wahlbezirke, vielmehr muss es eine Selbstorganisation der Jugendlichen geben, die diese Vertreter dann wählen. Darum wird ausdrücklich gebeten.

Kreisrat Keck

Die Jugendlichen brauchen keinen Aufpasser, sondern jemanden, der sie an die Hand nimmt bzw. eine Koordination. Deshalb ist die zusätzliche Personalstelle erforderlich.

Spätestens nach zwei Jahren sollte ein ausführlicher Bericht erfolgen.

Redaktionell wird zu Seite 2 der Sitzungsvorlage angemerkt, dass das Wort "Milieu" negativ behaftet ist. Hier sollte eine andere Formulierung gewählt werden.

Kreisrat Baumert

Es ist unklar, ob es sich um ein politisch gewähltes Gremium handeln wird. Viele Kinder und Jugendliche wollen sich gar nicht politisch engagieren. In Rielasingen wird der Kinderrat durch einen Sozialarbeiter betreut. Es läuft sehr gut, dort werden auch gemeindliche Themen bearbeitet.

Vorsitzender

Die Schwierigkeit ist, den richtigen Rahmen zu finden. Es geht hier erstmal darum, das Thema grundsätzlich anzugehen.

Auf Kreisebene besteht die Schwierigkeit, dass den meisten Einwohnerinnen und Einwohnern und insofern auch den Jugendlichen nicht klar ist, welche Aufgaben der Landkreis überhaupt hat.

Kreisrat Moser

Es ist schwierig, genügend Jugendlichen für einen Jugendgemeinderat zu finden. Für junge Menschen ist es ein hoher Aufwand, sich neben Schule und Freizeit zu engagieren. Es werden Bedenken geäußert, ob das auf Kreisebene möglich sein wird.

Die Idee an sich ist jedoch interessant. Die Kreisverwaltung könnte sich im Voraus an die bereits existierenden Jugendforen und Jugendgemeinderäte wenden und sich nach ihrer Einschätzung hinsichtlich eines Kreisjugendrats erkundigen.

Wichtig ist, dass es auch Vertreterinnen und Vertreter aus dem ländlichen Raum gibt.

Kreisrätin **Dr. Seitzl**

Bei diversen Besuchen an Schulen wird wahrgenommen, dass Schülerinnen und Schüler sehr engagiert sowohl an globalen Themen, als auch an Themen, die die Kommune betreffen, interessiert sind. Es ist toll, dass es so viele Jugendvertretungen gibt.

Eine solche Beteiligungsmöglichkeit sollte auch auf Kreisebene geschaffen werden. Damit wird die Beteiligung und das Interesse gestärkt.

Es muss unbedingt vorab einen Dialog auf Augenhöhe geben.

Es liegt dann aber auch an den Kreisrätinnen und Kreisräten sowie an den Fraktionen, die Jugendlichen zu begeistern und zu binden.

Vorsitzender

Grundsätzlich wird Einigkeit bei diesem Thema wahrgenommen. Wie es genau weitergeht, wird im Kreisjugendhilfeausschuss beraten.

Den Antragstellern wird zugesichert, möglichst ressourcenschonend ranzugehen. Es wäre jedoch unseriös, hier komplett ohne Ressourcen einzusteigen.

Herr **Basel**

Viele der heutigen Fragen wurden von den Jugendlichen bereits in den Workshop gestellt.

Es wurde bewusst keine Stellenanmeldung vorgenommen.

Es wird dafür plädiert, auf die Befristung zu verzichten, denn damit würde man das falsche Signal senden. Das sollte zu einem späteren Zeitpunkt gemacht werden, wenn das Konzept steht.

Kreisrat **Staab**

Auf die zeitliche Befristung könnte verzichtet werden, wenn die Verwaltung zusagt, das Thema erst einmal mit Boardmitteln zu erarbeiten.

Vorsitzender

Mehr als die Zusage, dass man versucht ressourcensparend unterwegs zu sein, wird es nicht geben. Es wurde keine Stelle angemeldet, aber das Thema muss bearbeitet werden und das Amt für Kinder, Jugend und Familie ist personell unterbesetzt.

Sollte eine Befristung gewünscht sein, müsste diese beantragt werden.

Kreisrat **Staab**

Der Verwaltung wird großes Vertrauen zugesprochen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Kreistag folgenden

Beschluss (einstimmig):

Der Einrichtung eines Kreisjugendrates wird zugestimmt mit der Maßgabe, dass die für die Umsetzung erforderlichen zusätzlichen personellen Ressourcen bereitgestellt werden.

**9. Änderung der Richtlinien zur Förderung von Jugendsozialarbeit an Schulen im Zuständigkeitsbereich des Landratsamtes Konstanz;
Antrag der FW-Fraktion**

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein.

Kreisrat **Dr. Auer**

Der Bedarf ist auch an kleineren Schulen vorhanden. Schulsozialarbeit ist ein Qualitätsmerkmal für Schulen, daher sollte die Förderung an Schulen im Landkreis gleichmäßig erfolgen.

Die Landkreisförderung entspricht nicht der Förderung des Landes, was für kleinere Schulen nachteilig ist. Dem alternativen Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Kreistag folgenden

Beschluss (einstimmig):

Die Verwaltung wird beauftragt, die bestehenden Richtlinien dahingehend zu überarbeiten, dass auch kleinere Schulen von einer Förderung der Jugendsozialarbeit durch den Landkreis profitieren.

10. Bürgerfragestunde (ca. 17 Uhr)

*Der **Vorsitzende** ruft die Bürgerfragestunde nach TOP 14.2 auf. Wortmeldungen erfolgen nicht.*

11. Neubau Berufsschulzentrum Konstanz

**11.1. Neubau Berufsschulzentrum Konstanz;
Aktueller Sachstand**

Der **Vorsitzende** stellt den Sachverhalt dar.

Die Mitglieder des Kreistags nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Beschluss:

Entfällt.

**11.2. Neubau Berufsschulzentrum Konstanz;
Vergabe von Bauleistungen**

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

- 1. Der Auftrag für die Dachabdichtung (Gewerblicher Teil) wird an die Firma Duckek GmbH & Co. KG aus Laichingen mit einem Angebotspreis von 1.258.024,59 EUR brutto (mit Wartungsarbeiten 1.267.920,21 EUR) vergeben.**

2. Der Auftrag für Heizung, Kälte, Gasanlagen (Gewerblicher Teil 1) wird an die Firma Fuchs GmbH aus Konstanz mit einem Angebotspreis von 1.068.014,50 EUR brutto (mit Wartungsarbeiten 1.097.506,55 EUR) vergeben.
3. Die bisherigen Finanzplanungsansätze werden im Zuge der nächsten Haushaltsplanberatungen entsprechend angepasst.

12. Atemschutzübungsanlage in Rielasingen-Worblingen

12.1. Atemschutzübungsanlage in Rielasingen-Worblingen; Sachstandsbericht aktueller Projektstatus

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Frau **Seidl** stellt den Sachverhalt dar.

Kreisrat **Staab**

Es wird darum gebeten, die Kostenberechnung gleich wie im Bauausschuss Berufsschulzentrum darzustellen.

Es wird positiv angemerkt, dass es 9 Prozent Kostensteigerung gibt.

Frau **Seidl** sichert dies zu.

Beschluss:

Entfällt.

12.2. Atemschutzübungsanlage in Rielasingen-Worblingen; Freigabe Versand Ausschreibungspaket 1

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein und weist auf den ergänzten Beschlussvorschlag hin.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (Mehrheitliche Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen):

1. Der allgemeinen Vergabestrategie sowie dem Versand des 1. Ausschreibungspakets wird zugestimmt.
2. Die bisherigen Finanzplanungsansätze werden im Zuge der nächsten Haushaltsplanung entsprechend dem vorläufig prognostizierten Mehrbedarf in Höhe von rd. 400.000 EUR angepasst.
3. Der Bauausschuss Atemschutzübungsanlage wird ermächtigt, Aufträge aus dem 1. Ausschreibungspaket auch mit einem Volumen von über 1 Mio. EUR zu vergeben.

13. Migration und Integration im Landkreis Konstanz

13.1. Sachstand Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Frau **Brumm** stellt den Sachverhalt dar.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Entfällt.

**13.2. Unterbringung von Geflüchteten und Asylsuchenden;
Verlängerung der Mietverhältnisse der Leichtbauhallen**

*Kreisrat **Burchardt** (Buchstabe a)) und Kreisrat **Baumert** (Buchstabe c)) nahmen aufgrund von Befangenheit weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil.*

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (Mehrheitliche Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme):

Die Verwaltung wird beauftragt, die bestehenden Mietverträge für die Leichtbauhallen inkl. Container- und Heizungsanlagen und die bestehenden Pachtverträge für die Grundstücke mit folgenden Miet- Pachtzeiten zu verlängern:

a) Notunterkunft Vorstauraum Konstanz, Claude-Dornier-Straße: Januar 2024 bis Dezember 2024

b) Notunterkunft Eigeltingen, Unter den Reben: Januar 2024 bis Dezember 2024

c) Notunterkunft Rielasingen-Worblingen, Dr. Fritz-Guth-Straße: bis Dezember 2024

(Die Verlängerung für das Objekt in Rielasingen-Worblingen erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung der Gemeinde Rielasingen-Worblingen und des Regierungspräsidiums Freiburg.)

14. Klimaschutz im Landkreis Konstanz

**14.1. Wasserstoffinfrastruktur;
Unterstützung der trinationalen Initiative 3H2**

Der **Vorsitzende** stellt den Sachverhalt dar.

Kreisrätin **Dr. Röth**

Nachdem in der Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses diverse Zweifel geäußert wurden, wurde den Mitgliedern des Ausschusses von der Verwaltung im Nachgang zur Sitzung eine ausführlichere Präsentation der Klimapartner per E-Mail zugesandt. Dieser ausführlicheren Präsentation ist auf Seite 10 ein Schaubild zu entnehmen, das Regionen zeigt, die nicht von einer Pipeline erschließbar scheinen. Davon sind auch große Teile des Landkreises Konstanz betroffen. Es ist unklar, was das bedeuten soll.

Die Sinnhaftigkeit des Gesamtprojektes wird in Frage gestellt. Die Zweifel sind zu groß, um zuzustimmen.

Vorsitzender

Man muss sich positionieren, um nicht abgehängt zu werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Kreistag folgenden

Beschluss (Mehrheitliche Ja-Stimmen, 4 Gegenstimmen, 1 Enthaltung):

1. **Der Landkreis tritt der trinationalen Wasserstoffinitiative 3H2 bei und unterstützt diese.**
2. **Der Beitrag in Höhe von 2.500 EUR wird ab dem Jahr 2023 bereitgestellt.**

**14.2. Energieagentur Kreis Konstanz gGmbH;
Änderung des Gesellschaftsvertrages**

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein.

Kreisrätin **Röckelein**

Es wäre sinnvoll, ein weiteres Ziel zu ergänzen: Die Beratung von Wohnungseigentümergeinschaften sollte explizit im Vertrag ergänzt werden.

Vorsitzender

Dem Unternehmenszweck ist unter Paragraph zwei die Optimierung aller Organisationen und Gruppen zu entnehmen. Die Energieagentur bietet derartige Beratungen auch an.

Beratungen werden im Rahmen des Leistbaren gemacht.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Kreistag folgenden

Beschluss (einstimmig):

Der Kreistag stimmt dem Gesellschaftsvertrag entsprechend Anlage 1 zur Drucksachen-Nr. 2023/239 zu.

14.3. Biodiversitätsstrategie für den Landkreis Konstanz

Dieser TOP wurde nach TOP 10 beraten.

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein und weist auf die Ergänzung des Sachverhaltes hin. Das Umweltministerium Baden-Württemberg hat inzwischen in Aussicht gestellt, die Einrichtung einer, die Strategieumsetzung koordinierenden, Stelle nach der Landschaftspflegegerichtlinie (LPR) zu bezuschussen.

Die Landesförderung würde die Hälfte der förderfähigen Kosten umfassen; die andere Hälfte wäre vom Landkreis zu finanzieren. Die Förderung soll zunächst auf zwei Jahre beschränkt sein und einen verpflichtenden Nachweis über umgesetzte Projekte (Fläche und Anzahl) umfassen. Für den Fall, dass die Umsetzung erfolgreich ist, stellt das Ministerium eine Verlängerung der Förderung in Aussicht.

Kreisrätin **Frank**

Schutz der biologischen Vielfalt gelingt dann, wenn alle Akteure an einem Strang ziehen. Damit betriebs- und kommunenübergreifende Projekte ins Rollen kommen, braucht es eine koordinierende Person.

Die Biodiversitätsstrategie, die vor drei Jahren vom Kreistag in Auftrag gegeben wurde, liegt nun vor. Für die Umsetzung der Maßnahmen wird eine Biodiversitätsmanagerin oder ein Biodiversitätsmanager benötigt. Daher wird folgender Antrag gestellt:

Die Schaffung einer halben Stelle, welche die Umsetzung der Strategie koordinieren und voranbringen soll, sowie ein jährlicher Betrag von 20.000 EUR für anfallende Sachaufwendungen werden befürwortet (Aufnahme in die Änderungsliste zum Haushalt 2024).

Kreisrat **Schmid**

Der Sachverhalt wurde im Technischen und Umweltausschuss ausführlich diskutiert. Die Entscheidung, keine Koordinierungsstelle zu schaffen, ist nicht planlos entstanden und auch nicht in fehlenden Zuschüssen begründet.

Das Argument war, dass es bereits kompetente Partner gibt, die wissen, was zu tun ist. Daher soll erstmal geschaut werden, ob die Beteiligten ohne diese Stelle auskommen.

Kreisrat **Prof. Dr. Luick**

Die Diskussion ermüdet. Wenn man keine Veränderungen zulässt, wird es auch keine Entwicklungen geben.

Der westliche Bodensee hat zwar viele Schutzgebiete, aber deren Qualität ist nicht gut.

Die Strukturen, die vorhanden sind, sind auch in ihren Aufgaben gebunden und begrenzt. Sektorübergreifende Zusammenarbeit ist wichtig, um auch mögliche Synergieeffekte zu nutzen.

Kreisrat **Küttner**

Auch die Jugendarbeit wird sich mit den Themen Klimawandel und Biodiversität beschäftigen. All diejenigen, die zuvor für Jugendvertretung gestimmt haben, müssen jetzt auch für Biodiversität stimmen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Kreistag folgenden

Beschluss 1 (einstimmig):

1. **Dem Entwurf der Biodiversitätsstrategie für den Landkreis Konstanz wird zugestimmt.**
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, über die umgesetzten Maßnahmen und Projekte jährlich zu berichten.**

Beschluss 2 – Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN (28 Ja-Stimmen, 25 Gegenstimmen):

3. **Die Schaffung einer halben Stelle, welche die Umsetzung der Strategie koordinieren und voranbringen soll, sowie ein jährlicher Betrag von 20.000 EUR für anfallende Sachaufwendungen werden befürwortet (Aufnahme in die Änderungsliste zum Haushalt 2024).**

15. Neubau Stellwerk seehäsele in Stockach

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein.

Kreisrat **Dr. Geiger**

Es wird darum gebeten, die DB Netz AG zu einer der kommenden Sitzungen des Technischen und Umweltausschusses einzuladen, um über die Planungen zur Bodenseegürtelbahn zu berichten.

Der **Vorsitzende** sichert dies zu.

Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

1. Das bestehende Elektronische Stellwerk (ESTW) in Stockach wird durch einen Ersatzneubau (Var. 1) ersetzt.
2. Die notwendigen Verhandlungen für einen Ersatzneubau des ESTW am Bahnhof in Stockach werden mit der Stadt Stockach geführt.
3. Die benötigten Mittel für den Bau eines neuen ESTW in Stockach werden in den Haushalt und die mittelfristige Finanzplanung eingestellt und in den Wirtschaftsplan für das EVU seehäse übernommen.
4. Die Planungsleistung für den Ersatzneubau wird ausgeschrieben.

16. **Änderung der Abfallwirtschaftssatzung Landkreis Konstanz**

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

1. Der Änderung der Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen (Abfallwirtschaftssatzung) wird gemäß Anlage 1 zugestimmt.
2. Die Änderung der Satzung ist öffentlich bekanntzumachen.

17. **Ambulante Hilfen im Landkreis Konstanz gGmbH;**

Neuausrichtung der Ambulanten Hilfen im Landkreis Konstanz gGmbH

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Der Kreistag beauftragt den Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung der Ambulante Hilfen im Landkreis Konstanz gGmbH, den Beschlüssen entsprechend der Beschlussempfehlung des Aufsichtsrats – siehe Anlage 1 zur Drucksachen-Nr. 2023/235 – zuzustimmen.

Die Weiterentwicklung umfasst folgende Bereiche:

- Personalgewinnung
- Digitalisierung
- Qualitätsentwicklung
- Angebotsstruktur
- Räume und Ausstattung

18. Fortführung der Grundförderung der Cluster durch die Clusterinitiative Bodensee (CLIB)

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Kreisrat **Pschorr**

TOP 18 und TOP 19 werden als Fehlinvestitionen gesehen.

Die Verwaltung wird gebeten zu überprüfen, an wie vielen Stellen die Förderung von Clustern zur Vernetzung in jener Einrichtung als Argument zur Förderung herangezogen wird. Die Förderungen reichen in der bisherigen Höhe aus, um das Cluster zu entfalten.

Vorsitzender

Die Überprüfung von Vernetzung ist schwierig.

Frau **Dr. Roth**

Der Landkreis nimmt im Bereich Wirtschaftsförderung und Klimaschutz vor allem die Funktion als Vernetzer wahr. Das ist sehr wertvoll, denn Projekte entstehen oftmals erst dann, wenn die jeweiligen Personen zueinanderfinden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Kreistag folgenden

Beschluss (Mehrheitliche Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen, 4 Enthaltungen):

Der Weiterführung der Clusterfinanzierung entsprechend der ausgearbeiteten „Kriterien für die Förderung von Clustern“ für die Jahre 2024 bis 2026 wird zugestimmt. Die jeweiligen Mittel sind beziehungsweise werden in den Entwürfen der jeweiligen Haushaltspläne veranschlagt (2024: 65.000 EUR, 2025: 60.000 EUR, 2026: 60.000 EUR).

**19. Mitgliedsbeitrag REGIO Konstanz-Bodensee-Hegau e .V.;
Zuschuss Inflationsausgleich**

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig, 3 Enthaltungen):

Der einmaligen Erhöhung des Mitgliedsbeitrags an den REGIO Konstanz-Bodensee-Hegau e.V. um 2,5 % (entspricht 6.406 EUR) von 256.250 EUR auf insgesamt 262.656 EUR im Jahr 2024 wird zugestimmt.

**20. Vierländerregion Bodensee GmbH;
Aktueller Sachstand**

Der **Vorsitzende** stellt den Sachverhalt dar.

Die Mitglieder des Kreistags nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Beschluss:

Entfällt.

**21. Volkshochschule Landkreis Konstanz e.V.;
Jahresabschluss 2022 und aktueller Sachstandsbericht**

Der **Vorsitzende** stellt den Sachverhalt dar.

Die Mitglieder des Kreistags nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Beschluss:

Entfällt.

**22. Wahl der Vertrauensleute für die Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter;
Anfrage des Regierungspräsidiums Freiburg/Benennung geeigneter Personen**

Der **Vorsitzende** stellt den Sachverhalt dar.

Kreisrat **Häusler**

Die Benennung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt, laut Sitzungsvorlage ist die Benennung bis 23. November 2023 erforderlich.

Vorsitzender

Es wird klargestellt, dass in der Sitzungsvorlage die Sitzung des Kreistags vom 23. Oktober 2023 gemeint war.

Die Sitzung wird für fünf Minuten unterbrochen.

Kreisrat **Häusler**

Die CDU-Fraktion benennt Kreisrat Weckbach.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Kreistag folgenden

Beschluss (einstimmig):

Dem Regierungspräsidium Freiburg werden die von den Fraktionen benannten Personen als Vertrauensleute für die Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter vorgeschlagen.

Nachrichtlich:

<u>Fraktion</u>	<u>Vertrauensperson</u>
CDU	Matthias Weckbach
GRÜNE	Dr. Christiane Kreitmeier
FW	Wolf-Dieter Karle
SPD	Walafried Schrott
FDP	Kirsten Brößke
DIE LINKE	Albert Voll

23. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche

23.1. Verlängerung der Bio-Musterregion Bodensee;

Zusage des Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Der **Vorsitzende** berichtet, dass das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (MLR) die Verlängerung der Bio-Musterregion Bodensee um weitere drei Jahre (2025 – 2027) telefonisch bestätigt hat. Das vorlegte Konzept wurde für gut und überzeugend befunden. Die Verlängerung steht noch unter dem Vorbehalt der landesseitigen Finanzierung.

23.2. Informationsveranstaltung Kreishaushalt 2024;

Nachfrage Kreisrat Enderlin

Kreisrat **Enderlin** erkundigt sich nach den Zugangsdaten für die Informationsveranstaltung zum Kreishaushalt. Der **Vorsitzende** erklärt, dass diese im Nachgang zur heutigen Sitzung versandt werden.

23.3. Bericht über die Sicherheitslage im Landkreis Konstanz;

Anregung Kreisrat Hirt

Kreisrat **Hirt** regt an, das Präsidium von Bundes- und Landespolizei zu einer Sitzung des Kreistags einzuladen, um über die Sicherheitslage im Landkreis Konstanz zu berichten.

Der **Vorsitzende** sichert dies zu.

23.4. Umbau des Bahnhofsvorplatzes Reichenau;

Nachfrage Kreisrat Dr. Geiger

Kreisrat **Dr. Geiger** erkundigt sich, ob die Pläne für den Umbau des Bahnhofsvorplatzes Reichenau auch im Technischen und Umweltausschuss vorgestellt werden.

Der **Vorsitzende** sichert zu, das Regierungspräsidium Freiburg zu einer der kommenden Sitzungen des Technischen und Umweltausschuss einzuladen, um über das Vorhaben zu berichten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 17:35 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Zeno Danner

Für den Kreistag:

Wolfgang Müller-Fehrenbach

Dr. Christiane Kreitmeier

Für das Protokoll:

Steffen Schmidt